Calwer Tagblatt

Nr. 134. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 60 Pfg. Reklamen Mk. 2.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, 13. Juni 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur Lage in Oberschlesien.

Fortdauer der polnischen Gewalttaten.

Oppeln, 11. Juni. Die Notschreie der Städte des Industriebezirks werden immer dringender. Es wird das unverzügliche Einschreiten der englischen Truppen gefordert.

Beuthen, 11. Juni. Gestern abend wurde in dem von etwa 100 Insurgenten besetzten Eisenbahnbetriebs- und Eisenbahnverkehrsamt eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen. Die Kasse des Betriebsamts konnte gerettet werden. Nach dem Abzuge der französischen Abteilung, die die Insurgenten vertrieben hatte, besetzten diese erneut das Gebäude und später auch das Eisenbahnmaschinenamt.

Beuthen, 11. Juni. Eine Verfügung der Obersten Leitung der Insurgenten an alle Gemeindevorstände des von den Insurgenten besetzten Gebiets ordnet die sofortige Anlegung von Rekrutierungslisten der Jahrgänge 1892 bis 1901 an.

Berlin, 12. Juni. Die Polen haben die Stellungen bei Ratibor nicht geräumt. Plania bei Ratibor wurde im Laufe des Tages mit Artillerie stark beschossen. Der entstandene Schaden ist noch nicht festgestellt. Birawa wurde heute von den Franzosen besetzt. Trotzdem werden die Deutschen weiter mit Maschinengewehren aus dem Walde südöstlich Alt-Kosel und nördlich und südöstlich Birawa beschossen. Zwischen Kandrzin und Medarhütte machten die Polen einen starken Feuerüberfall mit Maschinengewehren und Infanterie. Die Polen haben die Gegend nördlich von Rosenberg geräumt. Südlich Rosenberg und Guttentag haben sie sich verstärkt. Die Polen richteten auf Zombowitz vier Angriffe, unterstützt von vier Geschützen. Die Polen haben Bozitsch besetzt. Von der Bevölkerung aus Bozitsch kommen andauernd Hilferufe. Die Stadt Ratibor wurde von den Insurgenten mit Artillerie und Maschinengewehren beschossen. Die Brücke bei Lapatsch wurde von den Insurgenten durch Sprengungen vollständig zerstört. Von Zombowitz bis zur Grenze lebhafte Schanztätigkeit der Polen.

Völlig unzureichende Maßnahmen der Alliierten.

Oppeln, 12. Juni. Bei den Verhandlungen mit General Höfer hatte der Leiter der interalliierten Kommission wiederholt auf das bestimmteste versichert, daß die Kommission den Insurgenten jede Kampfhandlung untersagen werde. Wie sehr der deutsche Selbstschutz recht hatte, als er diesen Versprechungen des Generals Lerond mit Mißtrauen gegenüberstand, wird durch das weitere Verhalten der Insurgenten bewiesen. Diese unterhielten heute an der Kampflinie eine lebhafte Tätigkeit. Auch hinter der Front wurden Bewegungen beobachtet, die keineswegs auf eine Einstellung der Kampftätigkeit oder gar auf Ruhe hinweisen. Allein Ratibor-Plania wurde am heutigen nachmittag durch die Polen mit 32 Schuß Artillerie belegt. Mehrere Ortschaften, die der deutsche Selbstschutz auf Befehl der interalliierten Kommission für die Ententetruppen freigemacht hatte, wurden heute von den Polen erneut besetzt. Diese Tatsachen bestätigen, daß die gegenwärtig von der interalliierten Kommission den Insurgenten gegenüber getroffenen Maßnahmen nicht geeignet noch ausreichend sind, um den Insurgenten Einhalt zu gebieten.

Französische Verhöhnung.

Berlin, 12. Juni. Dem Berliner „Lokalanzeiger" zufolge hat General Lerond dem Obersten Rat einen Plan überreicht, Korfanty mit der Befriedung des Aufruhrgebiets zu betrauen. Korfanty soll sich bereit erklären, für die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit unverzüglich Sorge zu tragen und eine aus Polen und Deutschen zusammengesetzte Verwaltung des Landes einzusetzen. — Das ist denn doch das Höchste, was die Franzosen uns in Oberschlesien zu bieten wagen, der Anführer der Aufrührer als Friedensstifter!

Wieder ein willkommener Anlaß?

Berlin, 11. Juni. Zu der Meldung des „Petit Journal", daß die französische Regierung dem Botschafter Dr. Mayer mitgeteilt habe, sie würde den Zwischenfall in Oberschlesien als sehr ernst betrachten, und die Berliner Regierung dafür verantwortlich machen, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß eine neue Forderung der französischen Regierung in Berlin noch nicht eingetroffen ist. — Es handelt sich um die Gefangennahme französische Soldaten während eines deutschen Gegenstoßes.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

Paris, 11. Juni. „Petit Journal" erklärt: Am Quai d'Orsay ist bis gestern abend die von der Reuter-Agentur angekündigte englische Note, die einen Verzicht auf eine neutrale Zone in Oberschlesien enthält, noch nicht angekommen. Man wisse also auch noch nichts von dem englischen Verlangen, daß Gewalt gegen die polnischen Aufständischen angewandt werden soll.

Zur auswärtigen Lage.

Eine englische Stimme zur Verständigungsrede Churchills.

London, 12. Juni. Der „Observer" schreibt zur Rede Churchills in Manchester, kein vernünftiger Mensch wolle, daß sich England und Frankreich entfremden, um Deutschland zu versöhnen. Es gebe eine größere Politik. Nichts anderes könne die alte Welt wieder in Ordnung bringen als die **Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Deutschlands.** Das Blatt betont, daß die Stellungnahme der französischen Presse zu der Rede Churchills nicht feindlich gewesen sei, und erklärt, daß man sich in Frankreich schon seit Wochen mit der Frage einer einzusehen, daß das der wahre Ausweg sei und daß kein anderer Annäherung an Deutschland befasse. Die Franzosen begännen Ausweg bestehe. Dem „Observer" zufolge ist nicht daran zu zweifeln, daß Churchill in seiner großen Rede die unvermeidliche Linie angesagt habe, auf der sich die künftige englische Politik bewegen werde.

Eine Begegnung zwischen den Wiederaufbauministern Deutschlands und Frankreichs.

Paris, 12. Juni. Wie der Außenpolitiker des „Petit Parisien", Philippe Millet, aus Mainz berichtet, fand heute in Wiesbaden eine Begegnung zwischen Loucheur und Rathenau statt. Er bemerkt, daß diese Begegnung den alliierten Regierungen mitgeteilt wurde und daß bei ihr weder über die oberschlesische Frage noch über die Sanktionen am Rhein gesprochen wurde.

(Anmerkung des WTB.: Eine Bestätigung dieser Nachricht war nicht zu erlangen.)

Die angebliche finanzielle Unterstützung Oesterreichs durch die Entente.

Wien, 11. Juni. Der österreichischen Regierung ist mitgeteilt worden, daß das Finanzkomitee das Programm der Finanzhilfe genehmigt hat, das geeignet sei, das Wirtschaftsleben Oesterreichs wieder sicher zu stellen. Die notwendigen Vorschüsse zur Inangriffnahme des Programms sind sichergestellt.

Kanadische Maßnahmen gegen die deutsche Einfuhr.

Berlin, 11. Juni. Wie gemeldet wird, hat das kanadische Parlament die von der Regierung vorgeschlagene Antidumpingmaßregel genehmigt. Danach wird die Festsetzung des für die Verzollung der eingeführten Waren maßgebenden Wertes unter Berücksichtigung des normalen Wertes und der Produktionskosten, zuzüglich eines angemessenen Gewinnes, erfolgen. Wie das geschehen soll, darüber fehlen noch die näheren Nachrichten. Außerdem ist als Zusatz zum Zollgesetz eine Valutaklausel angenommen worden, nach der bei der Verzollung jede 50 v. H. überschreitende Geldentwertung außer acht bleiben soll. Wenn also bis zum Kriege die Mark für die Zwecke der Zollbehörde zu 24 cts. gerechnet wurde, dann soll sie jetzt mit 12 cts. in Ansatz gebracht werden. Bei dem heutigen Stande der Mark zum kanadischen Dollar bedeutet das, daß bei allen von Deutschland eingeführten zollpflichtigen Waren ungefähr der siebenfache Zoll erhoben wird. Es bedarf keiner Frage, daß es dadurch gänzlich unmöglich wird, noch irgendwelche zollpflichtigen Waren von Deutschland nach Kanada einzuführen. Die Exporteure, die noch Aufträge für Kanada haben, werden gut tun, diese erst auszuführen, nachdem sie sich die nötige Sicherheit verschafft haben, daß die Waren bei Ankunft angenommen werden und daß sie keinerlei Schwierigkeiten haben. — Das bedeutet Fortführung des Wirtschaftskrieges.

Die Thronrede zur Eröffnung des italienischen Parlaments.

Rom, 11. Juni. In der Thronrede bei der Eröffnung des Parlaments wies der König weiter darauf hin, daß es darauf ankomme, die öffentlichen Finanzen wieder aufzurichten und Beamtentum, Armee und Marine zu reorganisieren. Gefordert werden müsse eine in weiser Selbstzucht geleistete Mitarbeit der Vertreter der Klassen. Sie seien dazu berufen, einer Lösung des großen Problems der Arbeitsfrage im Geiste völliger Gleichheit aller Organisationen und Bestrebungen die Wege zu weisen. Die geistige und moralische Volkserziehung müsse gefördert werden. Alle Bürger müßten sich in der Einigkeit zusammenfinden, von der die Größe des Vaterlandes abhänge. Ein Ziel müsse alle Geister beseelen und sie zu gemeinsamer Arbeit aufrufen: Stärkung der Autorität des Staates, der die überschäumenden Leidenschaften in die vom Gesetz gesteckten Grenzen zurückführt. Dabei müsse sich der Staat auf die Selbstzucht der Bürger stützen. Ein arbeitsames und starkes italienisches Volk werde mit seinen Händen sich eine neue Blüte schaffen können. Die Thronrede wurde an vielen Stellungen von allgemeinem Beifall unterbrochen. Der König schloß unter begeisterten Ovationen, an denen sich auch die Tribüne beteiligte. Auch der Königin, dem Kronprinzen und den Prinzessinnen wurden begeisterte Huldigungen dargebracht. Der Kundgebungen setzten sich auch nach der Rückkehr der königlichen Familie zum Quirinal fort.

Abreise des Königs von Griechenland an die kleinasiatische Front.

Athen, 12. Juni. (Agence d'Athenes.) König Konstantin hat sich gestern an Bord des Panzerschiffs „Lemnos" eingeschifft, um sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben. Vor seiner Abreise ließ der König eine Botschaft an das griechische Volk ergehen.

Die neue Politik Japans in China.

Köln, 10. Juni. Unter der Ueberschrift „Die neue Politik Japans in China" veröffentlicht die „Kölnische Zeitung" einen längeren Artikel ihres Mitarbeiters in Tokio, dem wir folgendes entnehmen: „Es ist heute schon hier kein Geheimnis mehr, daß Japan für seine Kontinentalpolitik eine neue Basis suchen und finden muß, um überhaupt in Zukunft bestehen zu können. Die Spannung mit China und die ewigen Zänkereien werden unerträglich. China ist widerspenstiger denn je. Es läßt sich von keiner Macht mehr vergewaltigen, was den klarsten Ausdruck darin findet, daß es einfach die Zinsen für den gesamten Komplex der ihm von Japan während des Krieges aufgenötigten Anleihen von zusammen 150 Millionen Yen nicht zahlt. Japan wollte die Gelegenheit der Bindung der Welt in Europa benützen, um diese möglichst in China auszuschalten, so z. B. die englischen und dänischen Telegraphenkonzessionen in der Mandschurei, die amerikanische Absicht auf Ausbeutung der mandschurischen Waldungen. Der stärkste Versuch war der der Sanierung des chinesischen Finanzelends durch Stützung des Eisenbahnwesens, um so die Kontrolle dieser großen Einnahmequelle zu bekommen.

China ist seit dem Sturze des sogenannten Anhuklubs in eine furchtbare Unordnung geraten. Der Norden den die Japaner fest in der Hand zu haben glauben, ist z. Zt. von drei vollkommen selbständigen militärischen Führern beherrscht. Sie sind die wahren Herren der nördlichen Hälfte des östlichen Orients. Der Kampf zwischen Norden und Süden kann jeden Tag wieder entbrennen. Er würde für das seit 1900 in fortgesetzter Unruhe befindliche chinesische Reich erneut großes Elend heraufbeschwören. Da wollen die Japaner eingreifen. Das ist der Hauptzweck der Einberufung einer Konferenz der jugendlichen Chinapolitiker in Odawara. Auf ihr wird ferner die Haltung Japans entschieden werden. Die Japaner betrachten diese Sitzung als die ausschlaggebende für die gesamte zukünftige Politik gegenüber China. Sie vergleichen sie bereits mit der britischen Reichskonferenz in London. Der Ausgang dieser Konferenz muß deshalb von der ganzen Welt mit Spannung erwartet werden, weil von ihr der Weltfriede zum größten Teil abhängig sein wird.

Man kann jetzt schon vielen Anzeichen entnehmen, daß Japan seine Politik der gepanzerten Faust gegenüber China fallen lassen wird. Damit wird Amerika die Grundlage für seine ewigen Klagen über die Vergewaltigung unterdrückter Völker in Asien genommen. Washington wird vielleicht endlich Zeit finden, sich auch mit Europa in ähnlichem Sinne zu beschäftigen wie es das seit zwei Jahren mit Asien fortgesetzt tut. Deutschland kann nur daran liegen, daß Japan und China endlich mehr zum Verständnis und ruhiger Betrachtung ihrer gegenseitigen Beziehungen kommen. Denn der deutsche Handel und die deutsche Industrie wollen sowohl mit Japan wie mit China Hand in Hand arbeiten.

Der Proteststreik in Bayern.

München, 11. Juni. Der wegen der Ermordung des Abg. Gareis gestern abend beschlossene Generalstreik in München, in den auch die Straßenbahn mit einbezogen wurde, hat seine Wirkung dadurch verloren, daß es zu keinem geschlossenen allgemeinen Streik kam. Es wurden nur große Betriebe geschlossen während mittlere und kleinere Betriebe arbeiten. Die Straßenbahn fährt nur mit freiwilligen Leuten und in beschränktem Umfange. Eisenbahn, Post, Elektrizitätswerk, Gas- und Wasserkraftwerke sind im Betrieb. Zu irgend welchen Zusammenstößen von Arbeitswilligen und Streikenden ist es bisher nicht gekommen. Eine für heute nachmittag einberufene Versammlung, in der der Abgeordnete Auer sprechen wollte, wurde verboten. Infolge des Streiks sind die Polizeiwehr und die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Reichswehr in erhöhter Bereitschaft. Die bürgerlichen Blätter erscheinen nicht, dagegen vereinzelt die linksstehenden Blätter. Das Extrablatt des unabhängigen Organs, „Der Kampf", das gestern nachmittag erschien, wurde wegen seines aufreizenden Inhalts beschlagnahmt. Zur Zeit findet im Staatsministerium ein Ministerrat statt.

Auch in Augsburg wurde heute von den Linksparteien wegen der Ermordung des Abg. Gareis der Generalstreik proklamiert, der von heute vormittag 11 Uhr bis Montag um Mitternacht dauern soll.

Vom Mörder des Abg. Gareis hat man trotz umfangreicher Erhebungen bis jetzt keine Spur.

München, 12. Juni. Der Generalstreik hat bis heute Sonntag keine besondere Ausdehnung erfahren. Die Straßenbahn- und Eisenbahnwerstätten arbeiten, doch wird dort andauernd zum Streik gedrängt. Bis heute mittag war weder der Mörder des Abg. Gareis verhaftet, noch eine Spur entdeckt. Alle Gerüchte über Festnahme und sonstiges sind falsch. In der Stadt wurde ein Flugblatt beschlagnahmt, in dem in einer gemeinsamen Kundgebung in sieben großen Sälen Münchens zum Montag eingeladen wurde. Auch war auf den Zetteln das Programm der Leichenfeier vermerkt, wonach ein Umzug von der Theresienwiese nach dem Ostfriedhof geplant war. Versammlungen und Umzug wurden durch die Polizeidirektion verboten. Die Gerüchte von einer kommunistischen Schießerei im Nordend-Viertel heute früh sind falsch.

Eine Interpellation der Unabhängigen im Reichstag.

Berlin, 11. Juni. Die Reichstagsfraktion der U.S.P.D. hat eine Interpellation eingebracht, in der es u. a. heißt: Was gedenkt die Regierung zu tun, um 1. eine ausgiebige Sühne für die Ermordung des Abg. Gareis zu bewirken, 2. die der Sicherheit Deutschlands im Innern und Aeußern gefahrbringenden Einwohnerwehren und die Orgesch-Formationen aufzulösen und ihre Entwaffnung zu sichern, 3. in Bayern verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen durch Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Volksgerichte, 4. um die verfassungswidrige Regierung Kahr daran zu hindern, weiteres Unheil anzurichten.

Ein persönlicher Racheakt?

München, 11. Juni. Die bisherigen polizeilichen und gerichtlichen Erhebungen haben irgend einen Inhalt für den politischen Charakter des Attentats nicht ergeben. **Es ist viel wahrscheinlicher, daß ein persönlicher Racheakt vorliegt**, denn Gareis war in mehrere private Prozesse verwickelt und hatte seit Wochen mehrfach Drohbriefe erhalten.

Deutschland.

Die deutschen Gebietsverluste.

Bisher wurden vom Deutschen Reich 6 727 511 Hektar abgetreten. Auf diesem Gebiet wohnten im Jahre 1910 5 579 912 Personen; davon sprachen nur deutsch 3 217 053, andere Sprachen 2 323 702, und zwar 1 730 457 polnisch, 182 760 kassubisch, masurisch oder litauisch, 123 906 dänisch, 204 496 französisch, 82 083 eine andere Sprache. Auf 2,3 fremdsprachige Einwohner, die aber längst zu Deutschland gehörten und sich auch an deutsche Verhältnisse gewöhnt hatten, kommen wie wir der „K. Z." entnehmen, also 3,2 rein deutsche Einwohner.

Gegen die rheinischen Selbständigkeitsbewegung.

Köln, 11. Juni. Den Bestrebungen des Rheinlands nach mehr Selbständigkeit im Rahmen des deutschen Reiches entsprechend der wirtschaftspolitischen und kulturellen Bedeutung des Rheinlands soll bekanntlich durch Artikel 18 der Reichsverfassung Rechnung getragen werden. In den Kreisen der rheinischen Politiker, die in diesem Falle sicherlich die Mehrheit des rheinischen Volkes vertreten, ist man nun auf Grund der eifrigen französischen Propaganda auf Loslösung des Rheinlands von Preußen und Deutschland zu der Ueberzeugung gekommen, wenn eine Abstimmung über eine Selbständigkeit der Rheinprovinz vorerst unterbleibt, daß dies dem deutschen Einheitsgedanken förderlicher und zweckdienlicher ist. Der Eindruck, als bestände im Rheinlande der Wunsch, sich von Deutschland unabhängig zu machen, könnte der französischen Propaganda, rein äußerlich genommen, eine gewisse Berechtigung geben. Darum haben die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Deutschnationalen, sowie die Sozialdemokratische Partei des Rheinlands folgende in Königswinter in gemeinschaftlicher Tagung am 9. Juni gefaßte Erklärung zu veröffentlichen beschlossen: Wir erklären in Uebereinstimmung mit der von unseren Parteivertretern im rheinischen Provinziallandtag eingenommenen Stellung, daß für die Dauer der Besetzung des rheinischen Gebiets jede Abstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung auch nach Ablauf der in Artikel 167 vorgesehenen Sperrfristen im Rheinlande nicht stattfinden darf. Wir erwarten, daß auch in anderen Länderteilen mit Rücksicht auf die Lage des besetzten Gebiets Abstimmungsbestrebungen bis zu diesem Zeitpunkt ruhen, wenn nicht überhaupt die Sperrfrist auf gesetzlichem Wege verlängert wird.

Kundgebungen für die noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Berlin, 12. Juni. Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, die über eine halbe Million Mitglieder zählt, veranstaltete in ganz Deutschland Kundgebungen für die Freigabe der in Avignon zurückgehaltenen 115 Kriegsgefangenen. In Berlin sprachen in unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlungen Vertreter verschiedener Parteien, darunter Reichstagspräsident Löbe, Professor Schücking und Freiherr von Lersner. Die Reichsregierung wurde in einer Entschließung aufgefordert, trotz der bisherigen Mißerfolge erneut die Freigabe dieser Gefangenen zu fordern.

Der Verbleib unserer weittragenden Geschütze.

Berlin, 11. Juni. Wir erfahren von zuständiger Stelle: Die interalliierte Militär-Kontrollkommission hat die deutsche Regierung um Auskunft über den Verbleib der sehr weittragenden Geschütze ersucht, die während des Krieges von dem deutschen Heere verwandt worden sind. Die Anfrage wurde wie folgt beantwortet: Während des Krieges sind im ganzen 7 sehr weittragende Geschütze erbaut worden. Von ihnen sind 4 während des Krieges unbrauchbar und zerstört worden. Bei Kriegsabbruch waren noch drei solcher Geschütze vorhanden, von denen ein Rohr Ende April 1919 in Essen zerschnitten, das zweite am 13. November 1919 auf dem Versuchsplatz Meppen gesprengt, das dritte am 22. November 1919 in Magdeburg zerstört worden ist. Die Teile dieser drei Rohre sind verschrotet.

Die Kriegsbeschuldigtenprozesse.

Leipzig, 11. Juni. Im Prozeß Nambohr wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. **Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichskasse auferlegt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.** In der Begründung des freisprechenden Urteils wird u. a. ausgeführt: Der Angeklagte war dringend verdächtig, jugendliche Personen, um sie zum Geständnis zu bringen, mißhandelt zu haben, aber ein ausreichender Beweis für einen bestimmten Einzelfall ist nicht erbracht. Gerade die Gleichmäßigkeit der Beschuldigungen und der Umstand, daß verschiedene Zeugen bewußt unwahr ausgesagt und Vorgänge geschildert haben, die erwiesenermaßen nicht vorgekommen sind, mußten dazu führen, die Feststellung eines strafbaren Tatbestandes als ausgeschlossen erscheinen zu lassen. Ob die angeblichen Mißhandlungen durch den Angeklagten oder sonst jemand begangen worden sind, war nicht festzustellen. Andererseits haben glaubwürdige deutsche Zeugen bekundet, daß sie niemals Mißhandlungen bemerkt haben. Objektiv war der Angeklagte zur Festnahme auch der Strafunmündigen berechtigt, wenn er durch diese Festnahme weitere Straftaten verhindern wollte. Daß diese Absicht ihn Angeklagten leitete, ist nicht zu widerlegen. In Ermangelung eines ausreichenden Beweises irgend welcher strafbarer Handlungen mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Aussperrung in der badischen Textilindustrie.

Freiburg, 12. Juni. Da entgegen den mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen der Ausstand in verschiedenen Betrieben der badischen Textilindustrie fortgesetzt wird, haben die Arbeitgeber die Aussperrung sämtlicher badischen Textilarbeiter für morgen beschlossen. 20 000 Arbeiter werden davon betroffen.

Arbeitslosenausschreitungen in Berlin.

Berlin, 11. Juni. Laut „B. Z. am Mittag" zogen gestern nachmittag über 2000 Arbeitslose mit roten Fahnen vor das Haus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dessen sämtliche Ausgänge und Treppen sie besetzten. Darauf schickten sie eine Abordnung zu dem allein anwesenden Vorstandsmitglied Knoll (Mehrheitssozialdemokrat), der gefragt wurde, wie sich der Gewerkschaftsbund zu den Forderungen der Arbeitslosen stelle. Als Knoll sprechen wollte, wurde gerufen: Ersäuft doch die ganze Bande! Nur dem Einschreiten besonnener Elemente war es zu verdanken, daß Knoll nicht in den Landwehrkanal geworfen wurde. Schließlich verlief sich die Menge mit dem Versprechen, in verstärktem Maße wieder zu kommen.

Wie bereits berichtet, hatten kürzlich die Arbeitslosen in Neukölln gefordert, daß sie an Stelle derer gesetzt werden, die bereits längere Zeit in Arbeit sind. Diese Forderung wird nun auch in Berlin lauter erhoben.

Der Ankauf von Gold durch die Reichsbank.

Berlin, 12. Juni. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 13.—19. d. Mts. zum Preise von 280 Mark für ein Zwanzigmarkstück und 140 Mark für ein Zehnmarkstück. Die Reichsbank zahlt ferner für 1 Kilogramm Feingold 40 000 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Heiratsschwindel.

Berlin, 12. Juni. Dem „Lokalanzeiger" zufolge ist in Leipzig ein Heiratsschwindel aufgedeckt worden. In Berlin sind in der Angelegenheit bereits vier Personen verhaftet. Es handelt sich um die Vermittlung adeliger Namensehen unter Benutzung gefälschter Dokumente. Bis jetzt sind 17—20 falsche Ehen und Adoptionen festgestellt worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Juni 1921.

Lichtbilder-Vortrag.

)(— Ein ehemaliger Auslandsdeutscher, H. Stockinger, aus Stuttgart gebürtig, erzählte am Samstag abend im Weiß'schen Saale einiges aus seiner 3jährigen Gefangenschaft in einem englisch-australischen Zivilgefangenenlager in der Nähe von Sidney, der Hauptstadt von New-Süd-Wales in Australien. Von besonderer Wichtigkeit für uns, da zur Zeit in Leipzig die „deutschen Kriegsverbrecher" vor dem Gericht ihres eigenen Volkes stehen, ist es, immer wieder aus berufenem Munde Wahrheiten über die Behandlung deutscher Gefangener in Feindesland und -hand zu vernehmen. Auch hier hörten wir wieder einmal interessante Einzelheiten über die Zustände in den englisch-australischen Lagern, und über die Behandlung durch die Soldateska jener Nationen, die bekanntlich nur für „Kultur und Zivilisation" den barbarischsten aller Kriege gegen uns geführt haben. Die humorvollen Darstellungen unseres Landsmanns über seine wiederholten, kühnen und immer wieder vergeblichen Fluchtversuche wie sein Prolog an die Heimat, den er auf der Heimfahrt mit dem letzten Transport nach Deutschland bzw. Holland verfaßt hat, wurden von der dankbaren, allerdings wenig zahlreichen Zuhörerschaft mit Beifall aufgenommen. Leider verweilte er zu lange bei den Einzelheiten, so daß wir entgegen der Ankündigung in der Anzeige eigentlich gar nichts über seine Reisen unter „südlicher Tropensonne" usw. erfuhren. Eine Anzahl Lichtbilder ergänzte zum Schluß die vorangegangenen Schilderungen. Der Vortrag litt etwas unter dem Gebundensein des Redners an das Manuskript. Man sollte meinen, derart lebhafte und leibhaftige Erinnerungen müßte einem für immer im Gedächtnis zur freien Verfügung stehen.

Stadtgarten-Konzert.

Am gestrigen Sonntag veranstaltete die Calwer Stadtkapelle unter Leitung ihres bewährten Führers ihr erstes Sommerkonzert im Stadtpark von 11—12 Uhr. Das günstige Wetter, nicht zu heiß und doch sonnenwarm, hatte ein fröhlichgestimmtes Sonntags-Publikum angelockt. Dieses schien sich an der Schönheit der Natur wie an den flottgespielten Weisen der Musik gleichermaßen erfreuen. Besonders die Jugend war zahlreich vertreten; aber auch Touristen und Passanten von auswärts belebten das farbenfrohe Bild.

Letzte entgeltliche Ausgabe von Entlassungsanzügen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bei der entgeltlichen Ausgabe der Entlassungsanzüge zu Gunsten bedürftiger Kriegsteilnehmer lediglich die noch vorhandenen Bestände bei den Kommunalverbänden von der Reichsnotstandsversorgung zu den für diesen Zweck besonders niedrig gehaltenen Preisen erworben werden konnten und für die Verteilung in Frage kommen. Weitere Bestände, für die die Preise ebenso niedergehalten werden können, sind nicht vorhanden. Es ist daher nicht damit zu rechnen, daß alle bisherigen Anmeldungen auf Abgabe eines Entlassungsanzugs befriedigt werden können. Eine unentgeltliche Abgabe von Anzügen kann überhaupt nicht in Frage kommen.

Der Finanzausschuß und die Wohnungsfrage.

Der Finanzausschuß setzte am Donnerstag die Beratung über die Frage des Wohnungsbaus fort. Ein Mitglied der D. d. P. wünschte bezüglich der Holzlieferung, man möge den Interessenten freistellen, ob sie Holz in natura oder eine Geldentschädigung wünschen. Ein Redner der Sozialdemokratie hielt den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, staatliche Regiebetriebe zu eröffnen. Ein Redner der Bürgerpartei wandte sich gegen die geplante staatliche Vermittlung von Baustoffen und fragte, ob die Regierung das Recht habe, preisregelnd zu wirken. Wenn die Regierung es fertig bringe, den Wohneinheitspreis herabzudrücken, so sei das selbstverständlich zu begrüßen. Der Minister des Innern erklärte, es handle sich nicht um eine Bevormundung der Baustoffindustrie, sondern darum, daß die Vermittlung von Baustoffen im Einvernehmen mit den Vereinigungen, Syndikaten usw. geschehe, wodurch auch die Möglichkeit einer vom Vorredner befürchteten Begünstigung ausgeschlossen werde. Er frage, ob es möglich sei, auf dem Wege der Landesgesetzgebung eine andere Art der Deckung als die von der württ. Regierung geplante herbeizuführen. An der Hand von einzelnen Beispielen führte ein Mitglied der Regierung den Nachweis, daß tatsächlich ein Bedürfnis vorhanden ist, den Wohnungsbau gegen ungerechtfertigte Forderungen zu schützen. Ein Redner des Zentrums erklärte sich mit den Maßregeln gegen Preisübertreibungen einverstanden. Ein Redner des Bauernbundes wandte sich gegen die Lieferungsbetriebe auf gemeinnütziger Grundlage. Das Gewerbe solle sich nicht immer auf Staatshilfe verlassen, sondern sich auf eigene Füße stellen. Besser könne es überhaupt nur kommen, wenn jeder wisse, daß der Staat nicht immer helfen könne, sondern daß jeder sich selber helfen müsse. Der Minister des Innern stellte fest, daß der letzte Redner mit seiner Forderung, der Ruf nach Staatshilfe müsse aufhören, sich wesentlich von seinem bisherigen Standpunkt entfernt habe und der Landwirtschaft durch seine Ablehnung öffentlicher Mittel keinen guten Dienst leiste, da auch der Landwirtschaft ein wesentlicher Teil der Mittel zugute komme. Bei der Abstimmung wurde neben einem Antrag Heymann-Scheef-Möhler, durch Einwirkung auf die Gemeinden die Wohnungsbautätigkeit anzuregen, der gemeinsame Antrag auf beschleunigte Zusage der für das Rechnungsjahr 1921 noch einkommenden Gesuche um Gewährung von Baudarlehen und auf Einsetzung des dazu aus Landesmitteln zu leistenden Aufwands von 100 Millionen Mark angenommen. Ein Antrag Ziegler-Kinkel auf Sozialisierung des Wohnungsbaus, der Baustoffe und der Baubetriebe wurde gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien abgelehnt, ein Antrag Wider-Scheef-Möhler dagegen angenommen, der besagt: den stufenweisen Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsbaus unter gerechter Abwägung der Vermieter- und der Mieterinteressen in Erwägung zu ziehen und bei der Reichsregierung im selben Sinne zu wirken. Die Beratung weiterer Anträge wurde auf Freitag zurückgestellt.

Die Fachausstellung für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe.

(SCB.) **Stuttgart**, 11. Juni. Am Samstag vormittag wurde in der Gewerbehalle die Fachausstellung für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe eröffnet. Architekt Hanauer, der Leiter der baulichen Einrichtungen, übergab die Ausstellung dem Vorsitzenden des Verbandes der Gastwirtsgenossenschaften Deutschland, indem er seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung zollte. Direktor Schneider hielt hierauf die eigentliche Festrede, in der er die Gäste begrüßte und das Wirtsgewerbe in seiner Bedeutung für die Allgemeinheit und als Steuerzahler würdigte. Von den anwesenden Gästen seien genannt: Staatspräsident Dr. Hieber, Minister Dr. Schall, Oberbürgermeister Lautenschlager, Stadtdirektor Nickel, Polizeidirektor Aichele und die Vorstände der Verkehrsverbände und verwandten Innungen. Staatspräsident Dr. Hieber eröffnete die Fachausstellung und überbrachte die Grüße und Glückwünsche der württ. Regierung. Er wies auf die Bedeutung des soliden, ehrenhaften Gastwirtsgewerbes hin, das in der Ausstellung einen glänzenden Beweis für seine Arbeitsfreude und Erfindungsgabe ablege. Oberbürgermeister Lautenschlager feierte die Ausstellung als bedeutungsvolles Ereignis, und die Vorstände der Verkehrsverbände, Rechtsanwalt Schwab und Kommerzienrat Adolf Stübler, sowie die Obermeister der Metzger- und Bäckerinnung, Häußermann und Schwarz, übermittelten weitere Glückwünsche. Dann wurde ein Rundgang durch die Ausstellung angetreten, der auch verfilmt wurde. Die Ausstellung zeigt musikalische Instrumente, Photographie- und Lichtbildapparate, Maschinen, Apparate und Geräte für das Gastwirtsgewerbe, Lebens- und Genußmittel, Einrichtungsgegenstände, Putzartikel, Druckerei- und Literaturerzeugnisse und Reklameartikel in reicher Fülle. Es ist eine glänzende Schau alles dessen, was irgendwie mit dem Gastwirtsgewerbe zusammenhängt.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der Städtetag und die Schwäb. Volksbühne.

(SCB.) **Stuttgart**, 10. Juni. Die Vollversammlung des Städtetags beschäftigte sich heute auch mit der Schwäb. Volksbühne. Direktor **Bäuerle** gab einen eingehenden Bericht über die Bedeutung und Aufgaben der Schwäb. Volksbühne für die württ. Städte. Die Volksbühne hatte im ersten Jahr einen Abmangel von 200 000 *M.*, im vergangenen Jahr einen solchen von 300 000 *M.*, wovon vom Staat 150 000 *M.* übernommen wurden. Die Städte hätten an der Erhaltung der Volksbühne, die Gutes bringe und das Schlechte verhindere, das größte Interesse. Für die kommende Spielzeit sei durch die Gründung des Städtetheaterbundes eine tragfähige Grundlage geschaffen worden. Aber noch weitere Gemeinden müßten sich anschließen. Die von idealer Begeisterung getragenen Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall und Oberbürgermeister Lautenschlager unterstrich noch mit empfehlenden Worten die Unterstützung der Sache.

Die Preise für Butter und Käse.

(SCB.) **Kißlegg**, 10. Juni. Der württ. Preisnotierungsausschuß für Milcherzeugnisse hat den Preis für Emmentalerkäse bei einem Fettgehalt von 25—30 Proz. auf 430, bei einem Fettgehalt von 35—40 Proz. auf 790 und bei mindestens 45 Proz. auf 880 *M.* den Zentner festgesetzt. Tilsiterkäse kostet 610 *M.* Das sind die Herstellungspreise. Demnach beträgt der Kleinhandelspreis für 1 Pfund 25—30prozentigen Emmentaler 6, für 35—40prozentigen 10 *M.*, für Tilsiter auf 7.70 *M.* das Pfund. 45prozentiger vollfetter Emmentaler darf seit 1. Juni hergestellt werden. Der Kleinhandelspreis für Frühstückskäse und Monatskäse stellt sich auf 6.20 *M.* das Pfund, der Kleinhandelspreis für Kräuterkäse auf 7.20 *M.*. Der Erzeugerpreis für 50 kg. Butter wurde für nichtausgepfundete Ware auf 1430, für ausgepfundete auf 1460, der Großhandelspreis auf 1495 bezw. 1515 *M.* pro Zentner festgesetzt. Für den Kleinhandel erschien ein Pfundpreis von höchstens 16.40 *M.*, in Stuttgart (mit Rücksicht auf die größeren Unkosten) von 16,60 *M.* zulässig.

(SCB.) **Stuttgart**, 11. Juni. Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen am Landestheater haben Intendant **Kehm**, Generalmusikdirektor **Busch** und Oberspielleiter **Holl** um ihre Entlassung aus dem Verband des Landestheaters gebeten. Der „Staatsanzeiger" bemerkt, daß Maßnahmen eingeleitet sind, die den drei erprobten Kräften ihr Verbleiben im Amte ermöglichen sollen. — Anläßlich der Tagung des **Deutschen Werkbundes** in Stuttgart gelangten bekanntlich zum Teil auf dessen Veranlassung zwei Opern expressionistischer Musik von **Paul Hindemith**-Frankfurt: „Mörder, Hoffnung und Frauen" Text O. **Kokoschka**) und das „Nusch-Nuschi" (Franz **Blei**) in der Inszenierung durch **Oskar Schlemmer** und unter der musikalischen Leitung von **Fritz Busch** zur Uraufführung. Gegen den nicht mehr erotischen, sondern nur noch sexuellen, zum Teil perversen Charakter dieser „Kunstwerke" hat die sicherlich nirgends als prüde bekannte Stuttgarter **Theaterkritik** aufs schärfste Stellung genommen und die verantwortlichen Leiter des Landestheaters zur öffentlichen Verantwortung gezogen. Auch das **Publikum** hat bei der zweiten Aufführung in einem regelrechten **Theaterskandal** sein Urteil ausgedrückt. Sitten- und Geschmacklosigkeiten haben selbstverständlich mit der Freiheit der Kunst nichts mehr zu tun. Leider scheint die rein künstlerische Angelegenheit sich in eine politische wandeln zu wollen. Gegen die Aufführung des Lustspiels „Der Kuhhandel" unseres schwäbischen, im Krieg gefallenen Dichters **Hermann Essig** hat sich ebenfalls Widerspruch erhoben, weil angeblich in dem Stück die evgl. Geistlichkeit als solche verspottet werde, während es sich nur um eine allerdings sehr satirische Karikatur eines einzelnen Pfarres handelt. Da anscheinend das Publikum auch gegen dieses Werk mobil gemacht wurde und man für den gestrigen Sonntag einen weiteren Theaterskandal zu erwarten hatte, ist das Stück auf Wunsch des **Kultministeriums** (!), als der obersten amtlichen (und kulturellen(!) Instanz der Landesbühnen, vom Spielplan abgesetzt worden. Dieser Eingriff ist als solcher im Interesse der Freiheit der Kunst und der Selbsthilfe durch Kritik und Publikum nicht zu begrüßen; einen künstlerischen Verlust bedeutet die Absetzung des Werkes jedoch nicht, dagegen einen finanziellen für die in Not geratenen Hinterbliebenen des Dichters. Aus all dem haben nun die obersten Leiter des Landestheaters ihre Folgerungen gezogen. Obwohl auch wir im Interesse der wahren Kunst grundsätzlich gegen diese Entgleisungen des „Landes"theaters Stellung nehmen müssen, hoffen wir doch, daß es gelingen wird, solche bedeutenden Kräfte wie Busch, Holl und Kehm Württemberg zu erhalten. W. R.

(SCB.) **Stuttgart**, 12. Juni. Wie die „Südd. Zeitung" hört, soll sich der demokratische Arbeitsminister Dr. **Schall** um den durch den Tod Dr. B. **Göbels** freigewordenen **Posten** des **Oberbürgermeisters** in Heilbronn bewerben wollen. An der Wahl Dr. Schalls, der ein tüchtiger Verwaltungsjurist ist, dürfte bei ernsthafter Bewerbung nicht zu zweifeln sein. Damit wäre dann die Frage der Regierungsumbildung einer sanften Lösung näher gebracht. Das Blatt bezeichnet es aber als ausgeschlossen, daß man einem sozialdemokratischen Arbeitsminister gleichzeitig auch das Ernährungsministerium übertragen könne; es bleibe nur der Weg der Angliederung dieses Ministeriums an das des Innern.

(SCB.) **Heidenheim**, 11. Juni. Am Samstag, Sonntag und Montag (18.—20. Juni) findet hier das 2. Musikfest des **Süddeutschen Musiker-Verbandes** E. V. statt unter Beteiligung von etwa 1000 Musikern aus ganz Süddeutschland. Mit dem Fest ist ein großes Preiswettspiel verbunden, das am Samstag nachmittag beginnt und am Sonntag fortgesetzt wird. Außerdem gelangen am Sonntag Männerchöre zur Aufführung, an denen sich hunderte von Musikern beteiligen.

(SCB.) **Ellwangen**, 11. Juni. Am Freitag nachmittag mußte infolge starken Regens ein **Flugzeug** in der Nähe der Stadt landen. Die Insassen waren **Franzosen**, die von **Paris** nach **Prag** fuhren. Die Papiere waren in Ordnung.

Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck räumt mit den Störungen vollends auf. Am Dienstag und Mittwoch ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Der württ. Städtetag zur Förderung des Wohnungsbaus.

(SCB.) **Stuttgart**, 10. Juni. In einer Vollversammlung des württ. Städtetages wurde heute die Frage des Wohnungsbaus eingehend besprochen. Oberbürgermeister Lautenschlager gedachte zu Beginn der Tagung der verstorbenen Mitglieder des Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Göbel-Heilbronn und Stadtschultheiß Eckstein-Backnang, zu deren ehrendem Gedenken sich die Versammlung von den Sitzen erhoben hatte. Dann begrüßte er den Minister des Innern, Graf, und Ministerialrat Neuschler, ferner Oberbürgermeister Walz-Heidelberg und den Geschäftsführer des badischen Städtetags, Geheimrat Timme-Karlsruhe und den Vorsitzenden des Württ. Gemeindetags, Schultheiß Schmid-Plüderhausen. Rechtsrat Dr. Waldmüller berichtete sodann eingehend über die Wohnungsfrage. Eine Umfrage des Städtetags habe erwiesen, daß überall die Wohnungsnot in verschärftem Maße herrsche. Die Stadt Stuttgart habe bisher nur 3521 gemeindeeigene Wohnungen durch Rationierung und Neubau geschaffen, wofür sie 47½ Millionen Mark aufgewendet habe. Die Baukostenzuschüsse betragen 11 Millionen Mark, für einen Rest von 25 Millionen sei eine Deckung überhaupt nicht vorhanden. Trotz dieser Anstrengungen sei die Wohnungsnot im Wachsen und vom Januar bis heute die Zahl der Wohnungssuchenden in Stuttgart von 7000 auf 8500 Familien gestiegen. Daran trage nicht der Stillstand des Baugewerbes während der Kriegsjahre allein die Schuld, sondern die Steigerung der Zahl der Haushaltungen, die durch die hohe Zahl der Eheschließungen ihre Erklärung finde. Das zeige sich namentlich auch bei Göppingen, bei dem die Zahl der bewohnten Gebäude von 1910—1919 um 146 gestiegen sei, während die Einwohnerzahl dort um 730 abgenommen habe. Die Rationierung sei kein gründliches Mittel, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Auch die Erfahrungen mit städt. Mietswohnungen seien keine günstigen. Der Berichterstatter begründete hierauf einen umfangreichen Antrag, der am Schluß nach mancherlei Abänderungen angenommen wurde. Die Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau erfolge am besten durch eine Umlage von 1 Prozent auf die Gebäudekataster, was im Lande etwa 40 Millionen, in Stuttgart allein 12 Millionen Mark ergebe und bei Umwandlung der Lasten auf die Mieter einen Zuschlag von 17—18 Prozent der Friedensmiete zur Folge habe. Die Belastung des Wohnungsmarktes durch die Reichs- und Landesbehörden sei überall schwer. Minister Graf wies darauf hin, daß die Entschließung wohl ohne Kenntnis der Beschlüsse des Finanzausschusses vorbereitet wurde. Mit 14 Stimmen gegen 3 Enthaltungen sei beschlossen worden, daß alle einlaufenden Baugesuche der Gemeinden durch Zuschüsse unterstützt werden sollen. 100 Millionen Mark seien aus Landesmitteln bereit gestellt worden, trotzdem der sparsame Finanzminister seine Zustimmung nur für 80 Millionen Mark gegeben habe. Dies bedeute eine Verdoppelung der Zuschußsummen von 1919 und 1920, so daß dem Bedürfnis in weitestem Umfang Rechnung getragen werden soll. Der Minister wandte sich dann in scharfer Form gegen den Teil der Entschließung, in dem gefordert wird, daß die Landes- und Gemeindeabgaben in erster Linie dazu verwendet werden, um der Wohnungsnot der Bevölkerung der betreffenden Gemeinden zu steuern, ferner dagegen, daß verlangt wird, daß die Gemeinden künftig keine Zuschüsse mehr geben zu Neubauten, die für die Reichs- und Landesbeamten bestimmt sind. In der nun folgenden Aussprache wünschte Oberbürgermeister Lautenschlager, daß der Staat wenigstens für den andauernden Zuwachs der Beamten selbst baue. Oberbürgermeister Jäkle unterstützte die Ausführungen des Ministers und forderte den Städtetag auf, hinter die Beschlüsse des Finanzausschusses zu treten. Mit der Zauberpolitik in der Wohnungsfrage, die von Berlin aus getrieben werde, müsse Schluß gemacht werden. Die Hausbesitzer könnten die Umlage von 1 Proz. und vielleicht ¼ Proz. noch für die Gemeinden im Interesse des Volksganzen tragen. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger-Ulm glaubte, daß die Finanzfrage für die Städte mit den 100 Millionen Mark noch nicht gelöst ist. Die ganze öffentliche Bewirtschaftung der Wohnungsfrage koste 2 Milliarden Mark im Reiche, dazu kämen noch ungezählte Gelder für Versammlungen. Die ganze Frage sei nicht lösbar, wenn nicht der Mieter höhere Mietspreise bezahle. Wir müßten uns der freien Wirtschaft im Wohnungswesen nähern, nur so könne die Wohnungsnot verschwinden. Deshalb müsse eine Uebergangszeit geschaffen werden. Für Kleinwohnungen bis zu drei Zimmern solle die Zwangswirtschaft aufrecht erhalten werden. In den Städten sei der Mangel an großen Wohnungen eben so schwer zu nehmen.

Zuletzt wurde folgende Entschließung angenommen:

1. Der Württ. Städtetag begrüßt den Entschluß des Finanzausschusses und erwartet vom Landtag, daß er hinter diesen Entschluß tritt. 2. § 5 des Reichsgesetzes über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaus vom 12. 2. 21 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben. 3. Durch württ. Landesgesetz sind die zur Förderung des Wohnungsbaus notwendigen Mittel durch eine prozentuale Abgabe aus dem Gebäudevoranschlag aufzubringen. Die Gemeinden sind zu ermächtigen, zu dieser Landesabgabe weitere Zuschläge zu erheben. 4. Der württ. Städtetag erwartet von Reich und Staat, daß kein weiterer Wohnraum für Kanzleizwecke von Reichs- und Landesbehörden beansprucht wird. Der bis jetzt schon in Anspruch genommene Wohnraum ist freizugeben. Reich und Staat haben zur Unterbringung ihrer Beamten und Angestellten in großzügiger Weise neuen Wohnraum zu erstellen. 5. Der württ. Städtetag ersucht das Ministerium des Innern, die längst in Aussicht gestellte allgemeine Verordnung über die Befreiung der ohne öffentliche Zuschüsse und Beihilfe erstellten Wohnungen von der öffentlichen Bewirtschaftung endlich bekanntzugeben. 6. Der württ. Städtetag bittet das Ministerium des Innern, die zur Durchführung des Wohnungsbürgschaftsgesetzes vom 30. Mai 1919 notwendige Landesanstalt (Hypothekenfrage) ins Leben zu rufen. — Der Antrag Scheef über die Mieteinigungsämter wurde an eine Kommission zur Weiterberatung überwiesen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: **Otto Seltmann**, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

---

40)

Der Kampf im Spessart.

Erzählung von **Levin Schücking**.

Als dieser sich von seiner Ueberraschung erholt hatte, rief er den Nächststehenden zu, das sei kein ehrlich Spiel, sie sollten ihm helfen, dem Förster die Kasselte wieder zu entreißen — aber niemand hörte auf ihn, sie lachten ihn aus.

Solange die Vorräte in dem Generalissourgon vorhielten, blieb es laut und lebendig am Feuer des Bauernbivaks. Als sie aber erschöpft waren, machte sich die Ermüdung bei den Männern geltend. Sie begannen an ihre Nachtruhe zu denken; die, welche aus der Mühle gekommen, zogen sich allgemach dahin zurück, andere suchten Dach und Fach unter dem Holzschuppen und der Rest lagerte sich ums Feuer.

„Sorgt dafür, daß das Feuer hübsch im Flackern bleibt, die Nacht ist kalt!" sagte der Krippauer. „Du Schulmeister und der Krepsacher, ihr sollt's schüren!"

„Danke!" erwiderte der Schulmeister verdrießlich. „Ich hab' Schlaf nötig so gut wie die andern!"

„Na, dank' doch dem Herrn Oberkommandanten, daß er uns nicht anbefiehlt, der sämtlichen Mannschaft für morgen die Schuh' zu putzen!" lachte der Krepsacher. „Dazu sind wir zwei ihnen just gut; du, der Schulmeister und der Krepsacher, dem der Hof vergantet ist, die sind die letzten in der Gemeinde!"

„Gott weiß es", versetzte der Schulmeister seufzend. „Das kommt dabei heraus, daß man ein Studierter und Gelehrter ist, nachher kann man der Gemeinde die Schuhe putzen!"

Der Krepsacher aber stützte sein Kinn auf den Arm und blickte lange sinnend in das Feuer. Nach einer Pause und während die andern einschliefen, sagte er: „Du, Schulmeister!"

„Was hast?" fragte dieser, aus dem Einnicken auffahrend.

„Was meinst, wenn wir ihnen das Feuer so groß schürten, daß der Wind die Funken auf des Müllers Schindeldach trüg'?

Der Wind bläst grad aus der richtigen Ecke!"

„Bist von Sinnen?"

„Ich denk', der Krippauer hätte dann warm genug für die Nacht," antwortete der Krepsacher lachend. „Es sind mehr alte Hütten abgebrannt in diesen Tagen im Spessart! Eine mehr oder weniger, was schadet's? Geh, hol' Scheite und Reisig!"

„Bist ein Boshafter, du!" sagte der Schulmeister, einen ängstlichen Blick von der Seite auf den Krepsacher werfend. „Aber wer kommt denn dort?"

An der andern Seite der Schlucht, jenseit des Baches, rauschte es im Gestrüpp; Gerölle kollerte nieder; es mußte jemand da durch die Sträuche brechen.

Die beiden allein noch wachenden Männer blickten gespannt in die Dunkelheit. Nach einer Weile wurde eine wie hüpfend sich bewegende Gestalt sichtbar, die zum Bache niederkam, ihn leicht übersprang und über den Wiesenstreif diesseits zum Feuer herankam.

„Das ist einer, der hinkt; man sollt' sagen, der mit dem Klauenfuß [illegible]s," sagte der Krepsacher.

„Mag schon sein, denn los ist er im Spessart seit gestern und heute!"

Der mit dem Klauenfuß war aber der hinkende nächtliche Waldgänger doch nicht; es war ein starker, untersetzter Mann mit einem dreieckigen Hut auf dem — man sah's, als er in den Bereich des Lichtscheins der Flammen kam — sehr vollen und pockennarbigen Gesichte, aus dem ein paar kleine Augen verschmitzt hervorblitzten.

„Wer bist, woher kommst?" fragte ihn der Krepsacher, als er vor ihnen stand.

„Wie heißt, wohin willst, was ist die Parole?" antwortete der Fremde kaustisch. „Ich sehe, ihr spielt Feldwache und laßt niemand durch! Mir kann's recht sein, wenn ihr mich anhaltet, ich will auch nicht weiter durch und bleib' schon als Gast bei euch!"

Er legte sich ohne weiteres zwischen die beiden und warf seinen Hut neben sich auf den Boden.

„Wie das schnarcht und schläft!" sagte er, auf die umherliegenden Gruppen ringsum blickend. „Ich kann's nicht; mich läßt's nicht ruhn! Ich hab's im Geblüt. Das Geblüt läßt mich nicht schlafen. Leg' ich den Kopf auf den Arm, so saust's, als ob mir das Mühlrad da durch die Schläf' ginge. Ist's euch auch so, euch zwei, daß ihr noch wacht?"

Der Schulmeister und der Krepsacher sahen schweigend den seltsamen Passagier an; endlich sagte der Schulmeister: „Hast denn nicht mitgetan? Du bist ja ohne Gewehr?"

„Gewehr? Wozu soll ich's schleppen? Ich denk', ihr Spessarter verknallt Pulver genug, meins kann ich sparen. Beim Hausen vom Weißkopf, dem Waldmeister, herwärts Bischbrunn war ich. Da ist Pulver genug verknallt. Und nachher, weil ich nicht schlafen konnt', bin ich weiter gegangen, abseits von der Straße, an den Bergseiten her und über die Leithen. Dacht' mir's schon, daß ich da ihrer etzliche finden könnt', verwundete arme Teufel, halbtote Marodeurs, die sich da in die Sträucher verkrochen; ich wollt' ihnen helfen —"

„Du wolltest ihnen helfen?" rief der Krepsacher aus. „Helfen, den Franzosen? Bist kein guter Deutscher?"

„Ein Oberpfälzer bin ich. Was schiert mich Deutschland! Meine Ochsen haben's verbrannt, und die Stallmagd, das Urschel, ist auch hin. Sieben Ochsen waren's, sieben Stück — und Prachtvieh! Die Urschel nicht gerechnet. Darum geh' ich! Ich geh' wegen meiner Sach' und nicht wegen Deutschland! Mir ist's recht, wenn's euch so viel Schüss' Pulver wert ist, das Deutschland!"

„Was willst denn hier bei uns?" fragte der Krepsacher.

„Was ich will? Ihrer siebzig will ich und noch einen dazu, damit ich nachher nicht denk' ich könnt' mich verzählt haben. Brauch' kein Gewehr dazu — das tut's auch!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Brennholzversorgung betr.

Der Stadtgemeinde steht noch eine kleinere Menge Brennholz aus dem Forstbezirk Hirsau zur Verfügung.

Haushaltungen welche noch dringenden Holzbedarf haben, wollen sich am **Donnerstag, den 16. Juni 1921** im Rathaus Zimmer 8 melden.

Ebendort können auch leere Reissäcke preiswert gekauft werden.

Calw, den 11. Juni 1921.

Stadtpflege: Frey.

Calw, den 12. Juni 1921.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Trauer-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten und Bekannten mit, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Rosa Lutz

geb. Kohler

nach langem, schweren Leiden, am Samstag Abend 9 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

der trauernde Gatte:

Gustav Lutz mit Kind.

Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Stammheim, den 10. Juni 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der langen Krankheit unseres Sohnes und Bruders

Karl Heldmayer

für die treue Verpflegung seitens der Krankenschwestern, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer, für den erhebenden Gesang des hiesigen Kirchenchors, sowie des Posaunenchors und die Begleitung des Militärvereins, für die vielen Kranzspenden, den Herren Ehrenträgern, sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Heldmayer.

Viehverkauf.

Wir haben von Dienstag Morgen 8 Uhr ab

im Gasthaus zum „Ochsen" in Höfen

einen großen Transport

junge Kälbertühe, Milchkühe, trächtige Kühe,

sowie eine große Auswahl

gutgewöhnte, schwere, hochträchtige Kalbinnen,

worunter sich schönes Allgäuer-Vieh befindet, zum Verkauf stehen und laden Kaufliebhaber freundlichst ein

Löwengart, Rexingen.

Am Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale des **„Badischen Hofs"** eine

Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung: Berichterstattung. Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse zu zahlreichem Besuch aufgefordert.

Haus- und Grundbesitzerverein Calw e. V.

Vieh-Verkauf.

Von morgen Dienstag, den 14. ds. Mts. vormittags 1/28 Uhr ab, steht ein sehr großer Transport

hochträchtiger, gewöhnter Kalbinnen, jung. Milchkühe u. Kälberkühe

in meiner Stallung

in Wildberg

zum Verkauf, wozu ich Kauf- u. Tauschliebhaber freundlichst einlade

Hermann Hopfer.

Bruchkranke

können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in **Pforzheim** Bahnhotel **Pforzheim** am 17. Juni von 9—1 Uhr.

Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Etwas Gutes

für Haare und Haarboden ist

Brennessel-Haarwasser

und

Birken-Haarwasser

Zu haben: K. Otto Vinçon.

Maschinen- und Motorenöle
Schuh- und Wagenfett
Treibriemenwachs

empfiehlt

N. Hauber.

Ferien-Aufenthalt

sucht Dame mit 2 Kindern in der Nähe Calw's möglichst Privathaus, mit guter Verpflegung (Milch). Bedienung nicht notwendig. Dienstmädchen wird mitgebracht, dagegen wird Wert auf Kochgelegenheit gelegt.

Angeb. unter St. B. 134 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Trikot-Reste

in weiß und gelb (Macco) und blau und grau empfiehlt

Nane Schaible.

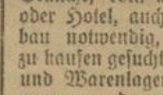
Geschäftshaus,

gleich welcher Größe und Branche, evtl. auch Gasthof oder Hotel, auch wenn Umbau notwendig, schnellstens zu kaufen gesucht. Inventar und Warenlager wird übernommen und ausbezahlt. Besitzerofferten unt. N. H. 1279 an Rudolf Mosse, Stuttgart

---

Konzert-Zither

mit schönem Holzkasten, zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blatt.



Fahrrad

gut erhalten, zu verkaufen.

Badstraße 346.

Aeltere Frau

noch sehr rüstig

sucht Stelle als Haushälterin

zu einem Herrn oder als Stütze in gutes Haus.

Näheres zu erfragen

Pension Blöchle, Liebenzell.

Der

Grasertrag

von der Fläche des **Wurstbrunnen-Reserva** wird am Dienstag, den 14. Juni 1921 nachmittags 6 Uhr am Ort verkauft.

Calw, 13. Juni 1921.

Stadtpflege.

Zugelaufen

ist mir ein gelbbackiger, älterer

Schäferhund.

Derselbe kann vom Eigentümer gegen Futtergeld und Einrückungsgebühr abgeholt werden bei **Alb. Schaible, Schäfer, Gechingen.**

Teppich-Läufer

Linoleum-Läufer

Linoleum-Vorlagen

Emil G. Wibmaier
Bahnhofstraße.

Mädchen-Gesuch.

Suche für sofort oder später ein reinliches

Mädchen

für Küche und Zimmer.

Pension Blöchle, Bad Liebenzell.

Laufmädchen

wegen Erkrankung für vormittags gesucht für sofort oder später.

Zu erfragen bei der Geschäftsstelle dieses Blattes u. bei dem Arbeitsamt.

Jung-Enten
Jung-Gänse

später auch

Jung-Hühner

billig abzugeben.

Rassegeflügelhof Wagner
Enzweihingen (Württ.)

Hier!

In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

▽

Bezirks-Handels- und Gewerbe-Verein Calw.

Die jährliche Generalversammlung

findet am **Montag,** den 13. Juni, abends 8 Uhr, in der **Restauration Schlanderer,** Bischofsstraße statt.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** von Herrn Gewerbeschulrat **Aldinger** über **„Die Auswirkungen des Versailler Friedensvertrags".**
2. Rechenschaftsbericht — Kassenbericht.
3. **Neuwahl der Hälfte des Ausschusses.**
4. **Erörterung gewerblicher Fragen.**

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.

Der Ausschuß.

Jüngeres Dienstmädchen

auf 1. Juli oder später bei hohem Lohn gesucht. Gute Behandlung u. Verpflegung zugesichert.

Weinstube z. „Anker", Pforzheim.

Tüchtige Köchin

im Alter von 28—42 Jahren, welche einen kleinen Haushalt (2 Personen), selbständig führen, gut bürgerlich kochen kann, welche vor allem an ein pünktliches, sauberes Arbeiten gewöhnt ist und auf Dauerstellung reflektiert, **zum 1. Juli ds. Js.** oder später nach **Karlsruhe gesucht.** Hoher Lohn, gute Behandlung und Verpflegung wird zugesichert. Zimmermädchen und Waschfrau vorhanden.

Frau Fabrikant **Hermann Hirsch, Karlsruhe B,** Westendstraße 46.

Vieh-Verkauf.

Am Dienstag, den 14. Juni, von vormittags 1/28 Uhr ab, stehen in unserer Stallung

in Calw

im Gasthaus zum „Löwen"

ein sehr großer Transport

erstklass., schwerer, hochträcht. Kalbinnen; schöne starke, junge

Milchkühe, trächtige Schaff-Kühe, sow. ausnahmsweis schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladen.

Rubin, Salomon und Max Löwengart.

Junge Enten

verkauft

Fr. Lörcher, Speßhardt.

Agenbach.

Setze eine fehlerfreie

Nutz- u. Schaff-Kuh

samt dem zweiten Kalb

dem Verkauf aus.

Johannes Wurster B.

Eine guterhaltene

Einspänner-Chaise

ohne Verdeck hat wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen.

Der Obige.

Tapeten

in großer Auswahl auf Lager

Emil G. Widmaier.
Bahnhofstraße.

---

2 schöne, junge

Ziegen-Lämmer

verkauft

Friedr. Schüz, Stammheim.

Eine hochträchtige

Kalbin

gut gewöhnt, verkauft

U. Braun, Breitenberg.

Nr. 135.

Verständigung

Die Aussprache z

Berlin, 13. Juni. hat sich nach Wiesbaden für die befreiten Gebi zusammenzutreffen. G Wirtschaftslage im Zu problem in fünfstündig Es kamen dabei die Fr Finanzierung zur Spra erörtert werden. Ueber Aufgabe des Wiederauf maße und in verstärkter

Berlin, 14. Juni. aus Wiesbaden hat seiner Konferenz mit nachmittag Wiesbaden zukehren. — Wie die Loucheur gestern aber Vorschläge Rathenaus Wiederaufbau der Berücksichtigung der Vorschläge Rathenaus bar seien. Loucheur Paris abgereist und schläge dem Minister

Verschlimmerun

Fortdaue

Berlin, 14. Juni. Hindenburg Züge mi getroffen. Auch aus Durchfahrt von kong einer Meldung des „A Aufruf zu einer ein nungen und gewerbli Verdienst zur Unterst Korfanty's „Oberschle Blatt unter interalli Steuererhebung durch Der oberschlesische Be einer Besichtigungsre Kandrzin und Kosel r akte der polnischen P fest. Die Polen hab Stege gesprengt. Die Viehs und der Pfer flüchteten wurden zer Selbstschutzleute und lisch mißhandelt.

Ratibor, 13. Juni Insurgenten ein neu Ratibor von ihnen schinengewehr- oder werde die italienische mit Feuer belegen wurde festgestellt, daß Gegend von Groß-St sind. Bisher wurden

Oppeln, 13. Juni. griff der Gegner versch das von Seiten des S kommen über die beide Henniker zugesagte Ein sensivmaßnahmen ist t Selbstschutz von derarti besetzten nach Kampf Wachow und Wachowitz mener Angriff gescheit Selbstschutzes Wachowi chow zurück, während Wachowitz sich festsetzte Angriff auf Leskna, das Nach heftigen polnischen welche abgewiesen wur vereinbarungsgemäß g und Frei-Kadlub wiede ist durch die wiederholte Strehlitz sind erneut f